

Zivilisation am energetischen Wendepunkt

Zweites Weltforum Erneuerbare Energien setzt Handlungsmaßstäbe



Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul



WCRE-Chairman Hermann Scheer

Über einen Zeitraum von einer Woche – vom 29. Mai bis 4. Juni – gab es in Bonn die weltweit bisher größte Zusammenkunft von Akteuren im Bereich der Erneuerbaren Energien. Anlass war die Internationale Regierungskonferenz, die vom 1.-4. Juni stattfand und zu der Bundeskanzler Schröder auf der UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung im August 2002 eingeladen hatte. In diesem Rahmen wurde auch am 2. Juni auf Einladung des Bundestages ein Internationales Parlamentarierforum über Erneuerbare Energien unter dem Vorsitz des Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer abgehalten. Parallel zu diesen Ereignissen lud Bundespräsident Johannes Rau im Garten der Villa Hammerschmidt zu einer Woche der Umwelt ein, in der ebenfalls die Erneuerbaren Energien im Zentrum

standen. Im zeitlichen Vorfeld der Ereignisse wurde vom 29.-31. Mai das Zweite Weltforum Erneuerbare Energien unter dem Leitmotiv „Zivilisation am Wendepunkt“ durchgeführt, zu dem der Weltrat für Erneuerbare Energien (World Council for Renewable Energy, WCRE) und EUROSOLAR eingeladen hatten. Der Einladung waren mehr als 500 Teilnehmer, überwiegend aus dem Spektrum der Nichtregierungs-Organisationen auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien aus allen Kontinenten gefolgt.

Größte Herausforderung der Zivilisationsgeschichte

Hermann Scheer forderte in seiner Eröffnungsrede ein Ende der „folgenlosen Lippenbekenntnisse“ über Erneuerbare

Energien. „Das internationale Institutionen-System wie auch die meisten Regierungen haben bisher die Erneuerbaren Energien sträflich vernachlässigt und privilegieren nach wie vor – auch wegen des starken Einflusses der konventionellen Energiewirtschaft – atomare und fossile Energienutzung trotz deren verheerender globaler Folgen.“ Nur 4 % der jährlichen weltweiten Energieinvestitionen in Höhe von 500 Mrd. Dollar würden für Erneuerbare Energien ausgegeben. Scheer: „Die jährlichen Subventionen für atomare und fossile Energien liegen bei über 500 Mrd. Dollar. Und die jährlichen energiebedingten Katastrophenschäden liegen schon bei über 100 Mrd. Dollar. Die weltweiten Förderprogramme für Erneuerbare Energien liegen demgegenüber bei weniger als 10 Mrd. Dollar.“ Noch immer dominiert im Denken der meisten

Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft das Vorurteil, die Förderung Erneuerbare Energien seien eine ökonomische Last. Tatsächlich seien sie eine „umfassende neue wirtschaftliche Chance“. Die Welt müsse in den nächsten Jahrzehnten den Wechsel von der „fossilen Weltwirtschaft“ zu einer auf „solaren Weltwirtschaft“ schaffen. Das Kyoto-Protokoll zum Weltklimaschutz sei allenfalls geeignet, den Anstieg der Treibhausgase zu verlangsamen. Wirkungsvolle Strategien müssten über das Kyoto-Protokoll hinausgehen, um eine dynamische Entwicklung in Gang zu setzen. Scheer: „Die Welt braucht dafür Vorreiter, die andere mitziehen.“ Ein grundlegender „Paradigmen-Wechsel“ in der Energiepolitik aller Länder zugunsten der massiven Förderung Erneuerbarer Energien sei „die größte Herausforderung der Zivilisationsgeschichte“. Ein besonderer Schwerpunkt müsse dabei vor allem in der Mobilisierung von Biokraftstoffen gesetzt werden, um die fatale Abhängigkeit vom Erdöl rasch zu überwinden, die sowohl den Weltfrieden wie auch die Stabilität der Weltwirtschaft bedroht.

Der Konfliktpunkt IRENA

Bundesumweltminister Trittin stellte in seiner Rede das erfolgreiche Engagement Deutschlands für Erneuerbare Energien

heraus. Damit gehöre Deutschland zu den Technologieführern im Bereich Photovoltaik und der Windkraft. Mit einem Jahresumsatz von inzwischen 10 Mrd. Euro boomten die Branchen der Erneuerbaren Energien und 120.000 Menschen seien heute schon in diesem Bereich beschäftigt, bis zum Jahr 2020 sei mit 400.000 Beschäftigten zu rechnen. Solche realen Erfolge könnten nur Länder mit Vorrangregelung und Einspeisevergütungen vorweisen. Deswegen müsse eine weltweite Dynamik für den Übergang in ein Solarzeitalter entfacht werden. Trittins Schlussfolgerung, dass die internationale Zusammenarbeit für den globalen Ausbau der Erneuerbaren Energien „als eine Vereinbarung aller Staaten“ nach dem Konsensprinzip vorangetrieben werden müsse, spielte indirekt auf die Forderung nach einer IRENA an. Da es für deren Installation keinen Konsens gibt, war die Forderung schon in den Monaten vor der Konferenz der Erneuerbare Energien ein Konfliktpunkt, der im Kern unterschiedliche Handlungskonflikte offenbart. „Nicht alle Befürworter der Erneuerbare Energien sind für die Errichtung der IRENA, aber alle, die die Erneuerbaren Energien bremsen oder relativieren wollen, sind gegen eine IRENA“, brachte Hermann Scheer diesen Konflikt auf den Punkt. Auch und gerade nach der Regierungskonferenz wird es darum gehen, diese Initiative zu realisieren.

Heidemarie Wiecek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, hob in ihrer Rede am zweiten Konferenztag hervor, dass die steigenden Ölpreise zu einer drastischen Belastung derjenigen Entwicklungsländer führe, die keine eigenen Ölvorkommen haben. Der Betrag von 60 Mrd. Dollar entspreche in etwa der Höhe der gesamten weltweiten Entwicklungszusammenarbeit. Diese Abhängigkeit sei schädlich und entwicklungshemmend. Erneuerbare Energien böten hier eine Alternative. Sie schafften mehr Spielraum in den Haushalten der Entwicklungsländer für Bildung und Gesundheit. „Zwei Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu modernen Energiedienstleistungen. Das heißt: in den Schulen brennt kein Licht, Medikamente können nicht gekühlt werden.“ Um bis zum Jahr 2015 die Armut zu halbieren, sei es essentiell, die Energieversorgung auszuweiten. Das Ziel solle sein, etwa eine Milliarde Menschen aus erneuerbaren Quellen zu versorgen. Die Bundesministerin hob hervor, dass die Bundesregierung – wie in Johannesburg von Bundeskanzler Schröder zugesagt – bis 2007 dafür 1 Mrd. Euro bereitstelle, davon 500 Mio. für Erneuerbare Energien und 500 Mio. für Energieeffizienz. Sie forderte die Weltbank auf, die Förderung Erneuerbarer Energien deutlich auszuweiten und zu einer Förderbank für eine neue Ener-



giezukunft zu werden. Am Schluss ihrer Rede, außerhalb ihres Manuskripts, bekannte sie sich zur Notwendigkeit einer IRENA.

Auf der gemeinsamen Pressekonferenz von Bundesministerin Wieczorek-Zeul, NRW-Wirtschaftsminister Axel Horstmann und Hermann Scheer übergab das deutsche Aktionsbündnis für Erneuerbare Energien, vertreten durch IG-Metall-Vorstandsmitglied Herrn Wolfgang Rohde, das Positionspapier zur Renewables 2004. Darin unterstützen die Mitglieder des Aktionsbündnisses Erneuerbare Energien das Bemühen, die Chancen der Erneuerbaren Energien für eine nachhaltige Weltgesellschaftsentwicklung auf internationaler Ebene zu thematisieren. "Eine internationale Diskussion und strategische Maßnahmen zur weltweiten Verbreitung Erneuerbarer Energien sind längst überfällig. Die großen Nachhaltigkeitsgipfel von Rio de Janeiro bis Johannesburg haben es bislang versäumt, die Energiewende als zentrale Herausforderung einer nachhaltigen Entwicklung konsequent anzugehen. Schon in diesem Jahrhundert ist es möglich bei Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen für eine Innovationsoffensive die Substitution fossiler und nuklearer Energien und damit eine vollständige Energieversorgung durch den effizienten Einsatz Erneuerbarer Energien zu realisieren." (Das Positionspapier kann unter www.bee-ev.de heruntergeladen werden.)

Weltagenda für Erneuerbare Energien, Politische Deklaration, Parlamentarierresolution

Zum Abschluss des Weltforums wurde die "Weltagenda für Erneuerbare Energien" präsentiert, die als globale Handlungsleitlinie konzipiert ist. Sie wird auch von den das Weltforum unterstützenden Organisationen getragen: der International Solar Energy Society (ISES), von Green Cross International mit ihrem Initiator Michail Gorbatschow, von der Global Contract Foundation, der World Future Council Initiative

und der World Conservation Union/Environmental Law Programme (IUCN/ELP). Das "executive summary" ist in diesem Solarzeitalter dokumentiert. Die vollständige Fassung dieser Agenda und die über 70 Vorträge können unter www.world-renewable-energy-forum.org abgerufen werden.

Wann und wo diese Leitlinien oder Teile davon praktisch zünden, ist nicht voraussagbar. Immerhin: Die Regierungskonferenz "Renewables 2004" ging auf den Vorschlag des Ersten Weltforums vom Juni 2002 zurück, der der Einladung durch Bundeskanzler Schröder in Johannesburg Pate stand. Schröder hielt auch, zur Überraschung vieler Teilnehmer, die offensivste Rede unter den Regierungsvertretern. In dieser Ausgabe veröffentlichen wir nicht nur eine von Hermann Scheer vorgenommene Auswertung der Regierungskonferenz und die Rede des Bundeskanzlers. Wir dokumentieren auch, neben der Zusammenfassung der Weltagenda, die Politische Deklaration der Regierungskonferenz, die Resolution des Internationalen Parlamentarierforums und des "Jugendgipfels" für Erneuerbare Energien, sowie die Rede von Hermann Scheer in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Parlamentarierforums vor der Regierungskonferenz sowie der Bundestagsabgeordneten Michaela Hustedt, die als eine der fünf stellvertretenden Vorsitzenden des Parlamentarier-Forums fungierte. Weitere Reden auf dem Parlamentarierforum können abgerufen werden unter www.ipf-renewables2004.de.

Das Parlamentarierforum mit über 300 Abgeordneten aus fast 70 Ländern ist in der medialen Berichterstattung -im Gegensatz zu der über die Regierungskonferenz- nur wenig beachtet worden. Das gilt sogar für die verschiedenen Solarzeitschriften, von denen einige das Parlamentarierforum mit keinem Wort erwähnten! Eine solche Regierungsfizienz, selbst in Publikationen von Nichtregierungsorganisationen verrät nicht nur einen Mangel an demokratischer Kultur. Sie ist besonders im Politikfeld Erneuerbarer Energien buchstäb-

lich unreal, weil alle nennenswerten praktischen politischen Erfolge für Erneuerbare Energien auf parlamentarische Initiativen zurückgehen. Meist wurden sie gegen den Widerstand, nicht nur der etablierten Energieinteressen, sondern den in Regierungen durchgesetzt!

In Deutschland hätte es weder das Stromeinspeisegesetz, noch das EEG oder die Biokraftstoff- Steuerbefreiung ohne parlamentarische Initiative gegeben, und auch die aktuelle Novelle zum EEG wurde vom Bundestag wesentlich verbessert! Alle Richtlinien der EU zu Erneuerbaren Energien gehen auf Vorstöße des Europaparlaments zurück! In anderen Ländern, bis in die USA, ist es ebenso. Deshalb ist der Stellenwert der Parlamentarier-Resolution besonders hoch einzuschätzen, besonders wenn man deren Substanz mit der der Politischen Deklaration der Regierungskonferenz vergleicht.

Vergleiche zwischen den konkreten Forderungen erleichtert die Synopse der verschiedenen Resolutionen zu den Bonner Welttagen über Erneuerbare Energien. In dieser Synopse haben wir auch die Erklärung zur „Renewable 2004“ Konferenz einbezogen, die von dem um die Heinrich-Böll-Stiftung gruppierten Netzwerk „Citizens United for Renewable Energy and Sustainability“ (CURE) erarbeitet worden war.